

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Toni Schuberl

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Alexandra Hiersemann

Staatssekretär Klaus Holetschek

Abg. Ulrich Singer

Abg. Markus Plenk

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)**

**Kein Lockdown - weder durch die regionale Hintertür noch ohne Parlament!  
(Drs. 18/10879)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**

**Lockdown verhindern - Maskenqualität verbessern! (Drs. 18/10898)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Franz Bergmüller das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ereignisse überschlagen sich. In der letzten Woche hat Ministerpräsident Söder eine Regierungserklärung abgegeben, und heute haben wir passenderweise den Dringlichkeitsantrag "Kein Lockdown – weder durch die regionale Hintertür noch ohne Parlament!". Das Parlament wird für den Freitag einberufen, weil der Druck von allen Fraktionen zu groß geworden ist.

Die Ereignisse sind mit dem regionalen Lockdown in Berchtesgaden vorgezeichnet, der für mich die Corona-Ampel-Farbe Schwarz trägt. In Berchtesgaden klagt ein Hotelier stellvertretend für die gesamten Wirtschaftsverbände und alle in den Wirtschaftsverbänden Zusammengeschlossenen. Übrigens, wenn ich meinen Kollegen Mehring und die FREIEN WÄHLERN anschau, muss ich darauf hinweisen, dass die Stadtratsfraktion der FREIEN WÄHLER in Berchtesgaden eine Klage erwägt. Es brodelt also!

Was sagt denn der Hotelier? – Er sagt, er steht mit dem Rücken zur Wand. "Es ist jetzt eh schon wurscht." Er ist fast pleite. – Was sagt er mit "Es ist jetzt eh schon wurscht"? – Er sagt, dass er normalerweise nicht klagen würden, weil er Angst hat. Er hat Angst, dass er Repressalien erleiden muss. Das ist die derzeitige Stimmungslage!

Etliche meiner Kollegen sagten am Gastgewerbetag – an dem der Wirtschaftsminister Aiwanger teilgenommen und mit großen Tönen Versprechungen gemacht hat –: Morgen wird er einkassiert. Da kann man jede Wette eingehen, dass er die Versprechungen, die er gemacht hat, morgen nicht mehr halten können, weil Ministerpräsident Söder mit brutaler Härte diesen Lockdown durchziehen will. Er hat auch in seiner Ansage zur heutigen Ministerpräsidentenkonferenz und zur Konferenz mit der Bundeskanzlerin klipp und klar gesagt: Man darf nicht hinter die bayerischen Maßnahmen zurückfallen. Es muss mehr getan werden. Aber wo ist die Begründung? Ist die Begründung: "In Berchtesgaden ist ein einzelner Hotspot in einer Gemeinde"?

Übrigens der Landrat von Rottal-Inn hat diesen Hotspot in einem Heim ausgemacht und hat dann nebenbei die Österreicher verantwortlich gemacht. Der Chef der Staatskanzlei hat das aber wieder kassiert und gesagt: Die Österreicher seien nicht schuld. Wer ist dann schuld? – Die Grundlage für die ganze Beurteilung der Maßnahmen ist die Infiziertenzahl.

Ich darf ein paar Kernthesen dagegen stellen: Abkehr von der Eindämmung allein durch Kontaktpersonen-Nachverfolgung; Fokussierung der Ressourcen auf den spezifischen Schutz der Bevölkerungsgruppen, die ein hohes Risiko für schwere Krankheitsverläufe haben; Gebotskultur an erste Stelle in der Risikokommunikation setzen; wissenschaftliche oder einheitliche wissenschaftliche Grundlagen für die Bewertung des Pandemie-Verlaufs gebe es nicht; Komponenten des Ampel-Systems; Infektionszahl im Verhältnis zu durchgeführten Tests; stationäre und intensivmedizinische Behandlungskapazitäten; auf Gebote anstatt auf Verbote setzen.

Das Virus wird uns die nächsten Jahre begleiten. Der Impfstoff wird nur ein Mittel unter vielen zur Bekämpfung der Pandemie sein. Eigenverantwortung statt Bevormundung. – Jetzt glauben Sie bloß nicht, dass diese Thesen von der AfD stammen. Das stammt aus der heutigen Pressekonferenz der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. 200.000 Ärzte haben dieses Papier unterschrieben! Ich stelle dieses Papier jetzt zur Debatte, weil meine Nachfolgeredner dann die Veröffentlichung der Leopoldina usw. zitieren werden.

Die Ärzte sind die Leute, die an der Front sind! Ich kann Ihnen noch ein Beispiel nennen, die Angelegenheit hat sich letzte Woche zugetragen. Viele Kinder werden jetzt nicht in die Schule gehen, sondern zu Hause bleiben, weil sie einen Schnupfen haben. Wenn sie wieder in die Schule gehen wollen, müssen sie einen negativen Corona-Test vorlegen. In einer Arztpraxis, wo eine sehr gute Bekannte von mir arbeitet, wurde allein ein Kleinkind im Alter von 14 Monaten positiv getestet. Dieses Kleinkind hat eigentlich eine so geringe Virusmenge, dass es niemanden anstecken würde. Die Folge war aber, dass beide berufstätigen Elternteile 14 Tage in Quarantäne haben gehen müssen. Ebenso das Kind. Aber es ist nicht infektiös, weil die Virenzahl so gering ist. Das haben die Ärzte festgestellt. Das sind soziale Auswirkungen, die eine Rolle spielen.

Übrigens hat ein bekannter Mathematiker in der "Welt am Sonntag" bei einer weltweiten Untersuchung festgestellt, dass Gebote genauso wirksam sind wie Verbote. Dabei hat er nicht nur Schweden genannt, sondern auch etliche andere Länder, die durchaus im industriellen Standard mit uns vergleichbar sind.

Mit Blick darauf, wie es weitergeht: Was erwartet uns? – Das wissen wir alle, und die Presse hat es bereits vorweggenommen. Die "BILD-Zeitung" hat ein internes Schreiben des RKI an die Bundeskanzlerin zitiert. Das Infektionsrisiko im Gastgewerbe sei minimal. Trotzdem wird eine Branche vernichtet.

Ich komme noch einmal auf den Gastgewerbetag zurück, an dem ich selbst teilgenommen habe. Die Branchenvertreter und zahlreiche Wirtschaftsvertreter standen dem Regieren des Ministerpräsidenten Söder an diesem Tag noch positiv gegenüber. Heute schlagen sie ganz andere Töne an. Er vernichte die Branche.

Ich gehe davon aus, dass wir das heutige Positionspapier, das von Frau Merkel herausgegeben wird, im Laufe des Sitzungstages bekommen. Ich habe es vorher noch nicht gesehen. Ich habe es letzte Woche bereits gesagt: Das wird der Sargnagel sein für die Eventgastronomie, für viele Gastronomiebetriebe, für die Hotellerie, für Messen und für alles, was mit dem Veranstaltungsgewerbe zu tun hat. Dieses Gewerbe hat einen Umsatz von 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. Abgerechnet wird zum Schluss.

Ich sage ganz klar: Irgendwann kippt die Stimmung. Es brodelt schon. Statt der vorherigen 70 % der Bevölkerung sind nur noch 51 % der Bevölkerung mit den Maßnahmen einverstanden. Die Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein. Das ist entscheidend.

Ein letztes Wort an die Arbeitnehmerpartei – zumindest fühlen Sie sich so: Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in Bayern hat heute vor einem Lockdown im Gastgewerbe gewarnt. Ein Sechstel der Stellen im Gastgewerbe und ein Drittel der Stellen in allen getränkeorientierten Gastronomiebetrieben seien bereits verloren gegangen. Das ist die Realität. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

**Matthias Fischbach (FDP):** Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser kritischen Lage haben wir eigentlich nicht die Zeit, uns mit diesem reinen "Dagegenantrag" von Rechtsaußen zu beschäftigen. Als Freie Demokraten haben wir deshalb einen konstruktiven Dringlichkeitsantrag in die Debatte eingebracht, um diese neu zu framen.

Lassen Sie uns lieber darüber diskutieren, was wir tun können, um diese Krise und damit auch die Einschnitte in die Freiheit aufzuhalten. Wir haben leider den Eindruck, dass viele Maßnahmen, die auf Bundesebene von den Ministerpräsidenten diskutiert wurden, mehr von politischem Aktionismus getrieben sind als von wissenschaftlicher Evidenz. Wenn die Maßnahmen am Ende aber nicht zielgerichtet sind, werden sie früher oder später von den Gerichten als nicht verhältnismäßig kassiert werden. Damit wird auch die Akzeptanz der gesamten Eindämmungsstrategie gefährdet. Das sollten wir nicht riskieren. Denn wir haben anders als beim ersten Lockdown noch einen langen Corona-Winter vor uns.

Wir haben über sieben Monate lang Erfahrung und Wissen gesammelt. Dieses sollten wir nicht panisch über Bord werfen und keinen pauschalen Lockdown vieler Lebensbereiche durchziehen. Wir sollten einen kühlen Kopf bewahren, gerade weil die Lage so ernst ist. Wir sollten ganz genau überlegen, was wirkungsvoll ist. Wir sollten die Bevölkerung dabei mitnehmen, denn am Ende kommt es gerade auf die Verantwortung jedes Einzelnen an. Davon sind wir Liberale überzeugt. Darauf müssen wir setzen. Das mit Abstand größte gemessene Infektionsumfeld ist mittlerweile der private Haushalt. Das Robert Koch-Institut hat dies gestern noch einmal mit neuen Daten bestätigt. Die Gastronomie und auch der Freizeitbereich sind offensichtlich nicht die wesentlichen Treiber der Pandemie.

Ich zitiere aus der Erklärung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, die gemeinsam mit zwei namhaften Virologen und vielen Unterstützern Folgendes veröffentlicht hat:

Gesellschaftlich und infektionsepidemiologisch ist es besser, wenn Menschen sich in öffentlichen Räumen mit Hygienekonzepten unter optimalen Bedingungen treffen, als dass sich die sozialen Begegnungen in vergleichsweise weniger sichere private Innenräume verlagern.

Sie hatten nicht intendiert, dass sich die AfD diese Äußerung zu eigen macht – die AfD, die ansonsten Corona-Leugnern das Wort redet und damit dazu beigetragen hat,

dass Maßnahmen nicht ernst genommen wurden. Das war sicher nicht im Sinne der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.

(Beifall bei der FDP)

Die Fachärzte warnen ganz klar vor einem zweiten Lockdown. Sie schreiben: "Wir wollen und können es zusammen schaffen und zwar nicht mit Angst, Panik und Verboten, sondern mit dem Aufzeigen von Alternativen." Das ist richtig.

Wir müssen überlegen, was zielführend ist. Es ist nicht gerecht, gerade diejenigen, die sich an die Regeln gehalten und Konzepte umgesetzt haben, wie beispielsweise die Gastronomie, am Ende die Zeche zahlen zu lassen. Stattdessen müssen wir sehen, welche Hausaufgaben die Regierung nicht gemacht hat.

Die Bilanz ist frustrierend: Hat sie Gesundheitsämter gestärkt und Prozesse verbessert? – Leider nein. Gibt es eine effektivere Fallverfolgung, zum Beispiel durch eine retrospektive Suche, wie von Herrn Drostens für Quellcluster vorgeschlagen? – Fehlanzeige. Wurde die Corona-Warn-App ertüchtigt und damit ihre Akzeptanz gestärkt? – Leider nein. Wurden Schulen auf neue Hygienekonzepte vorbereitet, auch ohne Vermischung der Klassen? Wurde ein funktionierender Distanzunterricht organisiert? – Leider auch Fehlanzeige. Wurde der Nahverkehr coronafest gestaltet? – Leider nein. Hat die Regierung den Ausbau digitaler Infrastruktur vorangetrieben und beschleunigt? – Leider auch nicht wirklich. Hat sie innovative Schutzkonzepte mit Raumluftreinigern forciert? – Leider nein. Wurde eine ausreichende Pflegekraftversorgung, gerade für die Intensivstationen, vorbereitet, damit am Ende andere Behandlungen nicht hintangestellt werden müssen? – Leider nein. Zum Schluss zur Teststrategie: Hat die Regierung Maßnahmen zum Verhindern eines Probenrückstaus getroffen und Schnelltests integriert? – Leider Fehlanzeige.

Uns Freie Demokraten frustriert das, weil wir schon im August mit einem Positionspapier vor einer zweiten Welle gewarnt haben und viele der genannten Punkte angemahnt hatten. Die Hausaufgaben müssen dringend erledigt werden. Anstehende Maß-

nahmen müssen gut begründet werden, und die Bevölkerung muss mitgenommen werden. Um kurzfristig reagieren zu können, schlagen wir insbesondere vor, die Maskenqualität in breiten Bereichen der Bevölkerung deutlich zu verbessern. Damit kann man noch etwas bewirken.

Studien zeigen deutlich, dass die Wirksamkeit von FFP2- Schutzmasken im Kampf gegen die Übertragung von Aerosolen wesentlich größer ist als bei Alltagsmasken. Statt mit einem überzogenen Lockdown Schaden zu provozieren, sollten wir diesen Schaden lieber vermeiden, das Geld in effektive Schutzmaßnahmen investieren und an die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger appellieren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Es ist ernst". – So lautet die Überschrift der gemeinsamen Erklärung der Spitzenwissenschaftler Deutschlands vom heutigen Tag. Ein solches Papier gab es noch nie. Das zeigt: Ein erneutes Ruhen des öffentlichen Lebens und ein neuer Lockdown gefallen niemandem.

Die Realisten im Saal können einen Lockdown aber als Option nicht ausschließen – anders als die AfD. Das hängt ganz von der Entwicklung der Inzidenzzahlen und davon ab, wie viele Menschen sich anstecken und ob es andere wirksame Mittel gibt, Menschenleben zu retten. Die AfD nennt in ihrem Antrag jedenfalls keine Option.

Ich darf den Antragstext der AfD frei übersetzen. Er lautet dann: Der Landtag appelliert an das Coronavirus, freiwillig aus Bayern zu verschwinden. Das ist schon ein Fortschritt. Lässt man die Beratungen im Gesundheitsausschuss der letzten Wochen und Monate Revue passieren, hätte der Antragstext vor Kurzem noch übersetzt gelautet:

Der Landtag stellt fest, dass es das Coronavirus nicht gibt. Oder: Der Landtag stellt fest, dass vom Coronavirus keine Gefahr ausgeht.

Meine Damen und Herren, das ist an Weltfremdheit nicht zu überbieten. So können wir keine Politik machen. Wir sind den Menschen in Bayern und ihrer Gesundheit verpflichtet. Was tut denn die AfD? – Sie lehnt die Maskenpflicht ab. Sie hat hier im Südbau des Maximilianeums im dritten Stock eine maskenfreie Zone ausgerufen. Sie sind letztlich gegen alle Maßnahmen, die wir gegen das Virus ergriffen haben. Gerade hat der Redner der AfD von Freiwilligkeit gesprochen; er hat Verbote abgelehnt. Wenn er schon die Statistik zitiert, der zufolge 51 % sagen, die Maßnahmen seien genau richtig, dann hat er aber vergessen, dass inzwischen 30 % sagen, die Maßnahmen gehen nicht weit genug; denen ist das zu lax, was wir tun. Das gehört auch zur Wahrheit. Das bitte ich mit zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, die AfD – so kommt es mir vor – verhält sich wie jemand, der in seinem Haus Brandbeschleuniger hortet und rumzündelt, der mit seinem heutigen Antrag der Feuerwehr auch noch verbieten möchte zu kommen und zu löschen, hinterher aber sicher der Erste sein wird, der klagt, dass sein Haus abgebrannt ist. Das geht so nicht.

(Beifall bei der CSU)

Die Lage ist ernst. Corona lässt uns keine Zeit für Weltferne oder auch nur für Zögerlichkeit und auch nicht für Perfektion. Das Virus rächt sich bitter. Wachen Sie doch bitte auf! Nicht die Politik, nicht die Staatsregierung ist das Feindbild, sondern das Virus. Das Virus gilt es zu bekämpfen, und zwar möglichst gemeinsam. Kämpfen wir um die Gesundheit der Menschen im Land! Das Virus lässt sich nicht bequatschen, man kann mit ihm keine Pakte schließen. Wir müssen handeln, und wir müssen einmütig handeln.

Ich habe Ihnen schon letzte Woche von diesem Platz aus das Bild von einem Fußballspiel gemalt, bei dem das Virus der Gegner ist. Wenn wir uns als Team nicht einig

sind, über die Taktik streiten oder der eine oder andere gar nicht mitmachen möchte, dann hat das Virus ein leichtes Spiel. Je später reagiert wird, desto härter müssen die Maßnahmen sein, um das Ruder wieder herumzureißen. Sie aber haben bisher die mildereren Mittel alle abgelehnt, sich teilweise sogar über sie lustig gemacht. Nein, wir können unseren Instrumentenkasten nicht mutwillig beschneiden und einzelne Maßnahmen ausschließen. Ihren Antrag werden wir deshalb ablehnen.

Dasselbe gilt für den Antrag der FDP. Wir müssen als Bayerischer Landtag die Staatsregierung nicht auffordern, sich auf Bundesebene für eine evidenzbasierte Strategie zur effektiven Eindämmung des Coronavirus starkzumachen. Genau das tun wir doch seit Beginn der Pandemie. Im europa- und weltweiten Vergleich stehen wir deswegen in Deutschland noch immer gar nicht so schlecht da. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Kleinste Nachlässigkeiten werden vom Virus bestraft.

Und übrigens: Niemand versteift sich auf Einschränkungen der Gastronomie. Zudem sind Sie bei Ihren Zitaten des Robert Koch-Instituts überhaupt nicht mehr aktuell. Am 23. Oktober hat das RKI genau das Gegenteil festgestellt.

Es war ganz klar für mich, dass Gesundheitspolitiker diesen Antrag sicherlich nicht formuliert haben. Ich hätte wetten können, dass Herr Dr. Spitzer heute nicht spricht, und ich hätte die Wette gewonnen. Herr Fischbach hat gesprochen. – Ich frage mich echt, Herr Fischbach: Wo haben Sie die letzten Wochen und Monate gelebt? – Jedenfalls nicht in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich betone: Alles was zur Nichtverbreitung und zur Eindämmung des Virus beiträgt, kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Auch der Satz "Eine Schließung von Cafés und Restaurants [...] ist keine geeignete Maßnahme" ist deshalb glatt falsch. Geeignet ist diese Maßnahme, sie ist nur nicht wünschenswert; wir versuchen sie zu vermeiden. Aber je nach Inzidenzsituation ist sie unumgänglich.

Genau das, was Sie hier als Lösung für die Problematik unter anderem vorschlagen, das Gesundheitssystem auf eine ansteigende Zahl schwerer Krankheitsverläufe vorzubereiten, haben wir doch in den letzten Wochen und Monaten gemacht. Deshalb: Wir lehnen beide Anträge ab.

Zum Schluss kann ich nur sagen und sowohl an die AfD als auch an die FDP appellieren: Die Lage ist ernst, sehr ernst, und sie wird in einigen Tagen dramatisch sein, wenn sich die heute Infizierten zur Behandlung in die Krankenhäuser begeben. Bitte lassen Sie uns zusammenstehen, statt Partikularinteressen zu vertreten! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD.

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Seidenath, ich weiß es eigentlich ganz konkret: Wir hatten gestern eine Fallzahl von 13.378 und haben heute etwas über 14.000. Ein Siebtel der Intensivbetten – das sind 1.470 – sind belegt. Von diesen Patienten werden allerdings nur 680 beatmet. Zur schlimmsten Corona-Zeit im April haben wir 40 % Auslastung der Intensivbetten gehabt.

Zum Gastgewerbe: Ich habe eine Anfrage gestellt, bis heute ist sie noch nicht beantwortet. Aber übertragen von Österreich auf Deutschland – da gibt es die Untersuchung, das ist wirklich übertragbar –: nur 57 Infektionen in Österreich im Gastgewerbe. Befürworten Sie einen Lockdown unter den gegebenen Werten, oder nicht? Und zwar diesen Lockdown "light", wie Sie es nennen wollen.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Herr Kollege Bergmüller, genau das habe ich vorhin mit "Weltferne" und mit Naivität gemeint. Sie müssen sehen, dass die Zahlen der belegten Intensivbetten und der beatmeten Patienten deutlich ansteigen. Wir haben seit zehn Tagen den Anstieg der Inzidenz. Genau jetzt steigen auch die Zahlen der beatmeten

Patienten und der Intensivpatienten. Wir sehen einen deutlichen Anstieg: von gestern auf heute 14 zusätzliche Fälle in Bayern. Wir haben leider Gottes einige Krankenhäuser in Bayern, bei denen es schon knapp wird. Sie können sich erkundigen. Das heißt, wir müssen jetzt die Weichen stellen, jetzt das Ruder herumreißen; denn alle die, die sich die letzten Tage infiziert haben, werden in zehn Tagen möglicherweise schwer erkrankt sein und in die Intensivstationen eingeliefert werden müssen. Diese Kurve kennen wir schon aus dem Frühjahr. Wir müssen jetzt das Ruder herumreißen, um unser Gesundheitssystem nicht zu überfordern.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Seidenath. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Toni Schuberl das Wort.

**Toni Schuberl (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir hier im Landtag über den Lockdown debattieren. Ich würde mir wünschen, dass wir vorab, bevor wir über den neuen Lockdown reden, eine Evaluation des ersten Lockdowns kriegen: Was lief gut? Was lief schlecht? Es lief nämlich auch einiges schlecht. Bitte nicht falsch verstehen: Das ist keine Kritik an der vorherigen Entscheidung; wir wussten damals einfach alle sehr wenig über das Virus, wir sind alle von der Vehemenz dieser Pandemie überrascht worden. Insofern ist das keine Kritik an der Entscheidung von damals. Aber wir dürfen die Fehler von damals trotzdem nicht wiederholen.

Dafür ist auch vorausschauendes Handeln notwendig. – Ich sehe gerade, auf der Regierungsbank fehlt wiederum die zuständige Ministerin. Ist eigentlich überhaupt ein Minister da? – Ein Staatssekretär ist da. – Trotzdem mein Appell, an den Staatssekretär vielleicht: Kaufen Sie sich einen Kalender! Mit einem Kalender kann man auch in die Zukunft schauen. Die Staatsregierung war überrascht vom Ende der Sommerferien;

die Staatsregierung war überrascht vom Beginn des Schuljahres, und die Staatsregierung ist jetzt wieder überrascht vom Herbstanfang.

(Unruhe)

Wir haben sechs Monate Zeit gehabt, um Regeln zu beschließen, wie wir mit der zu erwartenden zweiten Welle umgehen. Wir hätten sie beschließen können, wir hätten vorher diskutieren können, offen und transparent. Man hätte alles einbeziehen können. Stattdessen reagieren Sie stets unmittelbar in der Situation, also im exponentiellen Wachstum. Da überlegen Sie sich, welche Regeln bei einer erhöhten Inzidenz gelten könnten. Ein paar Tage nachdem wir eine Corona-Ampel eingeführt haben, fällt Ihnen auf, dass exponentielles Wachstum nicht bei einem Inzidenzwert von 50 aufhört, und Sie müssen nachbessern und eine Stufe bei 100 einziehen. Jetzt haben wir bemerkt, es hört auch bei 100 nicht auf und bei 200 auch nicht. Jetzt diskutieren wir über einen Lockdown, der schon ein paar Tage später in Kraft treten soll und schon beschlossen ist, und zwar wieder in einem Hinterzimmer, diesmal nicht in einem Hinterzimmer der Staatskanzlei, sondern des Bundeskanzleramts.

Wichtig ist doch, dass wir bei einem Lockdown erstens offen und transparent diskutieren und zweitens eine Wissensgrundlage haben. Eine Anfrage meiner Fraktion hat ergeben, dass die Staatsregierung nicht weiß, wo die Infektionen stattfinden. Wo finden sie verstärkt statt? Finden sie in Gaststätten statt? Oder in Zügen? Oder privat? Oder bei Konzerten? Oder in Betrieben? – Die Staatsregierung weiß es nicht. Das ist erstaunlich.

(Zuruf)

Die Gesundheitsämter in Bayern haben solch einen Datenschatz von all den Kontaktnachverfolgungen. Wenn man dann aber nicht weiß, wo die Infektionen stattfinden, dann kann man beim Lockdown auch nicht punktgenau regeln, um die Infektionen effizient und effektiv einzuschränken.

Ich verlange von der Staatsregierung, dass wir einen zweiten Lockdown nicht in einem Hinterzimmer beschließen. Ich verlange eine öffentliche und transparente Diskussion. Wir brauchen auch einen Beschluss über die Voraussetzungen, unter denen bzw. wann ein solcher Lockdown wieder endet. Nur als Beispiel: Der erste Lockdown ist noch gar nicht vorbei, zumindest für Clubs und Diskotheken. Warum eigentlich? Das Tanzen ist verboten. Warum dürfen Clubs und Diskotheken nicht öffnen, wie das Kneipen auch tun? Sie haben zwar Hygienekonzepte, dürfen aber nicht öffnen.

Wir brauchen eine bessere Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes. Es darf nicht wie beim ersten Lockdown passieren, dass beispielsweise Blumenläden schließen müssen, aber Supermärkte auf einmal Blumen verkaufen und ihre Kontingente erhöhen, womit sie den gesamten Markt nachhaltig durcheinandergebracht haben. Das ist nicht nachvollziehbar. Das passiert, wenn Beschlüsse im Hinterzimmer gefasst werden.

Wir brauchen außerdem eine Diskussion und ein Hinterfragen des Begriffs "Systemrelevanz". Hier ist einiges kaputt gemacht worden. Darüber müssen wir wirklich diskutieren. Darüber darf auch nicht irgendwo in einem Hinterzimmer entschieden werden. Mit einem Wort: Wir brauchen einen guten Plan und eine offene Diskussion, damit die Bürgerinnen und Bürger planen können, damit sie den Plan verstehen und damit sie ihn auch befolgen.

Dem FDP-Antrag werden wir zustimmen. Er geht vom Grundsatz her, nämlich bezüglich der Beteiligung der Parlamente und der Regeln, die auf der Wissenschaft basieren, in die richtige Richtung, auch wenn wir bei den Details nicht immer mitgehen können. Den AfD-Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke schön, Herr Schuberl. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Dr. Fabian Mehring das Wort.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um die Produktion von außerparlamentarischen Absurditäten geht, dann ist die AfD ja durchaus kreativ. Kaum lässt die Fraktionsvorsitzende vom Inventar und dem Unterarm ihres Fraktionsmitglieds ab, springt Herr Kollege Winhart ein, wie man heute im "Münchner Merkur" lesen kann. Er hat sich heldenhaft zwischen den Kassenärztlichen Bereitschaftsdienst und eine Patientin geworfen und hat, Zitat, "DNA-Raub per Wattestäbchen" verhindert. Da fehlt es Ihnen nicht an Kreativität. Anders ist das leider im Hinblick auf die Anträge, mit denen Sie das Parlament konfrontieren. Da gibt es Woche für Woche die gleiche braune Soße. Damit meine ich nicht die Ausführungen des Kollegen, der heute gesprochen hat, sondern ich meine damit den Unsinn in drei Akten, der tatsächlich Gegenstand Ihres Antrags ist. Deshalb in der gebotenen Kürze:

Erster Akt. Sie fordern den Landtag auf, zu beschließen, dass wir heute schon einmal die prospektiv von der Ministerpräsidentenkonferenz gefassten Beschlüsse ablehnen, weil dadurch nicht verantwortbare wirtschaftliche, soziale, kulturelle und gesellschaftliche Folgen entstehen könnten. Tipp dazu: Ich weiß, Sie haben es nicht so mit dem Ausland. Aber vielleicht werfen Sie einmal einen Blick nach Belgien, nach Frankreich oder in die Vereinigten Staaten und überlegen sich, ob nicht gerade dann, wenn wir nichts machen, wenn wir der Entwicklung freien Lauf lassen, die größtmöglichen Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft drohen.

Zweiter Akt des Unsinn, den Sie uns vorlegen: Sie sprechen wörtlich von der "kommunalen Hintertür". Wir mögen davon absehen, Insellösungen in Bayern bei Fragen von Einschränkungen gekoppelt an Inzidenzwerte auf den Weg zu bringen. Tipp dazu: Denken Sie einmal darüber nach, ob das nicht genau die bayerische Strategie ist, die verhindert, dass in einem Landkreis oder in einer Gebietskörperschaft, in der die Inzidenz womöglich noch unter 35 oder zwischen 35 und 50 liegt, die gleichen Einschränkungen gelten müssen wie dort, wo das Geschehen mit einer Inzidenz von 300 oder darüber hinaus eskaliert. Wir vermeiden doch gerade einen landesweiten Lockdown,

wie Sie sich das wünschen, durch diese regionalen Lösungen, durch die "kommunale Hintertür", wie Sie das nennen. Auch das ist also Unsinn.

Dritter Akt des Unsinn: Sie verweisen auf die parlamentarische Kontrolle und die Parlamentsbeteiligung. Tipp dazu: Kurzes Rückspringen auf die letzte Woche. Da wurde gemeinsam eine Bundesratsinitiative von Bayern beschlossen. Das steht schon diesen Freitag fest. Was die Ministerpräsidentenkonferenz heute beschließt, wird vom Bayerischen Landtag als erstem Parlament in Deutschland parlamentarisch beraten. Auch hier kann ich also nur "Guten Morgen" sagen.

Meine Damen und meine Herren von der AfD, zusammengefasst möchte ich sagen: Ihr Kollege Winhart spricht von "DNA-Raub". Was Sie mit diesem Antrag betreiben, ist Zeitraub und sonst gar nichts. Wir lehnen ihn deshalb ab. In Ermangelung weiterer Redezeit verweise ich zur Ablehnung des FDP-Antrags, so mir Herr Kollege Fischbach nicht per Zwischenbemerkung weitere Redezeit spendiert, auf die Ausführungen von Herrn Kollegen Seidenath. Diese waren zutreffend. Genau so sieht das auch unsere Regierungsfraktion. Wir lehnen beide Anträge ab. – Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Dr. Mehring, Sie bekommen noch zwei Minuten durch zwei Interventionen. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Bergmüller von der AfD-Fraktion.

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geschätzter Herr Dr. Mehring, wir kennen uns ja schon längere Zeit. Konkret sind Sie mir eine Antwort schuldig, nachdem Ihr Frontmann, Herr Minister Aiwanger, am Gastgewerbetag große Versprechungen gemacht hat. Wie werden Sie denn morgen im Kabinett abstimmen, wenn Herr Söder den Lockdown der Ministerpräsidentenkonferenz auf Bayern übertragen will und damit das Gastgewerbe noch einmal massiv schädigen wird?

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Franz Bergmüller, von der emotionalen Belastung der Frage, wie ich im Kabinett abstimme, ist mein Nachtschlaf glücklicherweise befreit. Ich kann aber trotzdem dazu Stellung nehmen: Es gilt, was Herr Kollege Seidenath schon angedeutet hat. Ich glaube, wir müssen zwischen wirksamen und wünschenswerten Maßnahmen unterscheiden. Ich würde unterstellen, dass in diesem Plenarsaal momentan niemand sitzt, der sich einen Lockdown wünscht. Hier sitzt niemand, der sich das wünscht, was Sie – wie ich finde zu Recht – für die Gastronomie skizziert haben. Nur ist mir ein vorübergehender vierwöchiger Schrecken mit einem Ende lieber als ein Schrecken ohne Ende wie in Belgien, in Frankreich und anderswo.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die nächste Intervention kommt von Herrn Kollegen Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

**Dr. Dominik Spitzer (FDP):** Sehr geehrter Herr Dr. Mehring, Sie haben von einer Ermangelung der Restredezeit gesprochen. Ich möchte Ihnen gerne Redezeit geben, weil ich weder von Herrn Kollegen Seidenath noch von Ihnen etwas zu unserem Vorschlag zu den FFP2-Masken und dem breitflächigen Angebot für alle Bürger gehört habe. Ich würde gerne hören, wie Sie das einschätzen. Bayern und auch Deutschland stünde es gut an, hier Vorreiter zu sein. Meines Wissens wurde dieses Konzept des Fremd- und Eigenschutzes weltweit nirgends umgesetzt. Wir hätten hier eine einmalige Möglichkeit, dieses Konstrukt umzusetzen.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Ich bedanke mich für das Spendieren der Redezeit und nehme gern Stellung zu Ihrem Antrag. Wir lehnen ihn aus zwei Gründen ab. Wir lehnen ihn im Hinblick auf die Überschrift und den ersten Teil, "Lockdown verhindern", ab. Ich kann es kurz machen: Hier ist das einschlägig, was ich eben in Reaktion auf die Intervention des Herrn Kollegen Bergmüller bereits geäußert habe. Wir sind fest davon überzeugt, dass ein kurzer Schrecken besser ist als ein Schrecken

ohne Ende. Das ist eine Chance, die Welle zu brechen und wieder vor die Welle zu kommen. Wir wollen nicht wie in Frankreich oder Belgien zusehen müssen, wie die Lage außer Kontrolle gerät.

Ihre Forderung nach den FFP2-Masken ist nicht der Grund unserer Ablehnung dieses Antrags. Aber in der Tat müssen wir dabei verschiedene Dinge im Blick behalten. Zum einen gibt es eine breite Studienlage zu der Frage, ob FFP2-Masken geeignet sind, um das Infektionsgeschehen deutlich zu reduzieren. Zum anderen müssen wir auf die gesellschaftliche Akzeptanz achten. Dank der Kollegen zu Ihrer Rechten haben wir schon eine gesellschaftliche Stimmung gegen normale Masken und müssen deshalb darauf achten, was passiert, wenn wir für FFP2-Masken eintreten. Aus meiner Sicht ist der wichtigste Punkt die Frage, ob wir genügend Masken haben. Ich halte diese Masken für die medizinische Versorgung, für die Ärzte und die Krankenhäuser für sinnvoll, möglicherweise auch für andere Teile der kritischen Infrastruktur. Ob wir eine Generalklausel einführen sollten, da bin ich mir nicht sicher. Das ist aber nicht der Grund für die Ablehnung Ihres Antrags durch unsere Fraktion.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke, Herr Dr. Mehring. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Alexandra Hiersemann für die SPD-Fraktion.

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag zeigt erneut, wie die AfD versucht, die Menschen mit Absicht zu desinformieren. Es ist schäbig, dass Sie ausgerechnet die aktuelle Pandemiesituation dafür benutzen, mit der Angst und der Unsicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu spielen. Sie behaupten, die Inzidenzrichtwerte seien willkürlich. Sie sprechen von einer angeblichen kommunalen Hintertür. Vermutlich meinen Sie mit Letzterer die kommunalen Allgemeinverfügungen. Warum dies eine Hintertür sein soll, bleibt Ihr Geheimnis. Sie ignorieren und Sie negieren weiter die Gefahr, die vor allem für vulnerable Persönlichkeiten von dieser Pandemie ausgeht und die von seriösen Medizinern und Virologen eindeutig bestätigt wird.

Sinnvolle Maßnahmen zur Vermeidung eines weiteren Lockdowns, die Sie ja wollen, wie Sie sagen, unter anderem die Maskenpflicht, werden von der AfD geradezu propagandistisch abgelehnt. Sie waren doch diejenigen, die gegen die Maskenpflicht, wie wir sie hier im Landtag haben, geklagt haben. Wir wollten uns einvernehmlich gegenseitig vor einer Ansteckung schützen. Sie sind deshalb unter anderem dafür mitverantwortlich, dass sich die Lage nun so zugespitzt hat, und wir werden sehen, ob ein Lockdown unvermeidlich ist oder nicht. Aber Sie tragen ganz sicher Mitverantwortung dafür. Ich bin nicht bereit, mehr Atem und mehr Redezeit für diesen Unfug aufzubringen, den Sie in Ihren Anträgen diesem Hohen Haus präsentieren, und ich wundere mich, dass sich die anderen Fraktionen so viel Zeit gelassen haben. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

Der Antrag der FDP enthält sehr viel Richtiges, und insbesondere die Beteiligung der Parlamente ist ein Thema, das wir hier schon häufig diskutiert haben. Die Nachbesserung bei den Teststrategien, die Verbesserung der vor Infektion schützenden Infrastruktur – all das sehen wir auch so. Wir werden sehen, was am Freitag passiert. Bisher wird hier so getan, als ob zu keiner Sondersitzung am Freitag eingeladen wäre. Jeder redet drum herum. Wir wollen doch mal ehrlich sein: Wir wissen doch, was passiert. Deshalb: Der Antrag der FDP ist ganz bei dem, was auch wir wollen. Wir werden ihm zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Hiersemann. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Klaus Holetschek das Wort.

**Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einer Woche standen wir um 22:50 Uhr hier und haben uns darüber unterhalten, auf welcher Grundlage die Staatsregierung welche Entscheidungen in der Pandemie gefällt hat, heute haben wir ein Gutachten der Leopoldina,

des Helmholtz- und des Max-Planck-Instituts, der wissenschaftlichen Elite unseres Landes, das überschrieben ist mit: "Es ist ernst".

Ich denke, allein dies zeigt schon, wes Geistes Kind der vorliegende Antrag ist und wie Sie aus einer schweren Krise politisches Kapital schlagen wollen; und ich sage Ihnen ernsthaft: Ich glaube nicht, dass jetzt die Zeit ist, um hier platte Anträge in die Welt zu setzen, sondern es ist die Zeit für Solidarität in einer Gesellschaft, die sich bewusst ist, dass es in den nächsten Wochen für niemanden einfach wird. Es ist auch die Zeit, zusammenzuführen und nicht zu spalten.

Das, was wir in diesem Jahr mit unserer Strategie getan haben, hat vieles verhindert, aber es hat nicht alles aufhalten können. Wenn wir heute über unser Land hinaus schauen, dann werden Sie alle feststellen, dass es kein singuläres Ereignis ist, sondern dass viele Länder im Moment drastische Einschnitte vollziehen, um einer schweren Gesundheitskrise vorzubeugen. Keinem von uns fällt es leicht, diese Einschnitte vorzunehmen. Keinem fällt es, denke ich, leicht, Kontakte zu beschränken und auch in die Wirtschaft so einzugreifen, wie es jetzt getan wird. Aber ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir keine andere Wahl haben. Daher müssen wir dies jetzt gemeinsam tun und gemeinsam an die Gesellschaft appellieren, gemeinsam diese schwere Krise überstehen und von diesem Parlament ein Signal nach außen geben – nicht das Signal, dass wir uns nicht einig sind, sondern ein Signal, dass wir in dieser schwierigen Zeit in den nächsten vier Wochen zusammenstehen, dass wir im Hinblick auf Weihnachten – ein Fest, das vielen Menschen viel bedeutet, ein Fest der Hoffnung, der Geburt Jesu Christi – diese vier Wochen jetzt auch gemeinsam durchstehen, weil wir wissen, dass wir keine andere Möglichkeit haben. Das ist unser Fundament: die christlichen Werte Solidarität, Verantwortung. Das ist das Signal, das wir aussenden müssen, und nicht ein Signal, dass sich dieses Parlament in endlosen Debatten ergeht. Wir müssen nach außen die klare Botschaft senden: Wir wollen gemeinsam diese schwierige Lage überstehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

– Herr Schoberl

(Zuruf: Schuberl!)

– Herr Schuberl, ich entschuldige mich, ich wollte Ihren Namen natürlich richtig aussprechen –, wobei ich Ihre Rede nicht ganz verstanden habe und auch nicht, was Sie wollten, um ehrlich zu sein, weil die Botschaft, die Sie von dieser Stelle aussenden, aus meiner Sicht die falsche ist. – Ich möchte kurz zusammenfassen, worum es in den nächsten Wochen geht: Es geht darum, Kontakte zu beschränken. Es geht darum, dass die Intensivkapazitäten unserer Krankenhäuser nicht überlastet werden. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe in den letzten Tagen viel mit Landräten und Kommunalpolitikern telefoniert. Es gibt diese Tendenzen, glauben Sie es mir; und wir sollten es nicht darauf ankommen lassen, sondern vorher einschreiten.

Dies tun wir jetzt gemeinsam. Wir haben das Thema Teststrategie. Wir haben die Alten- und Pflegeheime, um die wir uns kümmern, und wir haben in den letzten Wochen und Monaten diese Strategie Stein für Stein verwirklicht. Nun kommt noch einmal ein harter Einschnitt, bei dem wir zusammenstehen müssen, bei dem es nur gemeinsam geht. Das müssen wir von dieser Stelle als Parlament auch ausstrahlen. Es ist jetzt nicht die Zeit der Schönwetterpolitik. Es ist eine Krise. Der Wind bläst von vorn, und wir stehen alle in diesem Wind, jeder von uns in seiner Verantwortung. Wir müssen jetzt handeln, und es ist ein hohes Gut, Entscheidungen treffen zu können. Jetzt können wir zeigen, dass wir handlungsfähig sind und gemeinsam Entscheidungen zum Wohle der Menschen in diesem Land treffen.

Ich freue mich auf die Debatte am Freitag. Ich bin froh, dass wir am Freitag noch einmal hier zusammenkommen und gemeinsam diese Dinge diskutieren, weil es wichtig ist; und ich hoffe und bitte Sie, am Freitag ein Signal aus diesem Hohen Haus an die Gesellschaft zu senden, zusammenzustehen und gemeinsam durch diese Krise zu gehen. Dann werden wir aus dieser Krise möglicherweise wieder stärker herauskom-

men mit Werten, die uns starkmachen und die auf unserem christlichen Grundverständnis basieren. Das wünsche ich mir, und dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt drei Zwischenbemerkungen: von Herrn Singer, Herr Schuberl und Herrn Plenk. Es eröffnet Herr Abgeordneter Singer von der AfD-Fraktion.

**Ulrich Singer (AfD):** Herr Kollege Holetschek, vom Kollegen Seidenath haben wir erfahren, dass die Staatsregierung ausschließlich auf die Inzidenzzahl abstellt. Das bedeutet aber nur, dass Menschen positiv getestet wurden. Es bedeutet noch lange nicht, dass diese Menschen infiziert sind, und es bedeutet dann immer noch nicht, dass sie krank sind, und erst recht nicht, dass sie schwer krank wären.

(Zuruf)

Darüber hinaus wird diese hohe Inzidenzzahl momentan durch eine Inflation, eine massenhafte Ausweitung der Tests einfach "herbeigetestet". Wir haben eine Testpandemie, die durch die vielen Tests geschaffen wurde, und darunter sind auch noch sehr, sehr viel falsche positive Tests. Allein ein Augsburger Labor wurde dabei erwischt, dass 58 –

(Widerspruch)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Das Wort hat Herr Singer.

**Ulrich Singer (AfD):** – von 60 Tests falsch positiv waren. Es sind ungefähr 97 %, die dort aufgedeckt wurden. 58 von 60 Tests; und es gibt sicher eine riesige Dunkelziffer. Ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie auf solche Tests mit einer solch enormen Dunkelziffer abstellen können.

(Zuruf)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Man muss sich wirklich überlegen, ob man darauf noch antworten soll, um ehrlich zu sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Singer, Sie haben Ihre Frage gestellt. Vielen Dank. – Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Sie zeigen jetzt das, was ich vorher gesagt habe: Sie haben gar kein Interesse an den Menschen. Sie haben kein Interesse am Land. Sie haben nur das Interesse, politisches Kapital aus einer Krise zu schöpfen. Das ist Ihr einziges Interesse.

Wir wollen mit den Inzidenzwerten, die auf den Zahlen des RKI beruhen, zeigen, dass wir vor eine Welle kommen und präventiv tätig sind, bevor die Krankenhäuser überlaufen, bevor die Menschen beatmet werden. Das ist das Ziel, das ist verantwortungsvolle Politik. Sie sind verantwortungslos, und Sie demaskieren sich an dieser Stelle schon wieder.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist immer dasselbe. Es ist tatsächlich unerträglich, und es wird auch nicht besser werden. Ich hoffe, dass die Menschen das in diesem Land irgendwann einmal verstehen und bei den nächsten Wahlen auch zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordneten Plenk. – Klappt das mit dem Mikrofon?

(Zuruf des Abgeordneten Markus Plenk (fraktionslos))

– Offenbar nicht. Wollen wir Herrn Schuberl den Vortritt lassen, bis die Technik passt? Einverstanden, Herr Plenk? – Herr Schuberl, Sie haben das Wort.

**Toni Schuberl (GRÜNE):** Herr Staatssekretär, ich habe eine Frage zum Freitag: Ist die Entscheidung zum Lockdown bereits getroffen worden? Wenn ja, von wem? Wenn nein, wann wird sie getroffen und von wem, und in welchem Hinterzimmer wird das geschehen? Wird die Parlamentsdebatte am Freitag eine echte Debatte sein, bei der wir auch inhaltlich über die einzelnen Regeln reden und auch etwas mitzureden haben, oder wird es eine bessere Pressekonferenz, bei der wir nur zuhören dürfen?

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Herr Schuberl, Zuhören ist schon mal nicht schlecht. Das hilft meistens; denn wenn man zuhört, kann man die Fakten für sich erschließen und kann aufgrund dieser Fakten Entscheidungen treffen.

Jetzt könnte ich die Frage stellen: Wer ist der Ministerpräsident in Baden-Württemberg, und welcher Partei gehört er an? In welchem Hinterzimmer hat sich Herr Kretschmann denn heute verkrochen, als diese Entscheidungen gemeinsam mit den anderen Ministerpräsidenten getroffen wurden?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist schon spannend, wie Sie hier die Konferenz der Ministerpräsidenten unter Leitung der Bundeskanzlerin diskreditieren. Sie wissen genau, dass bei der föderalistischen Struktur die Ministerpräsidenten dort zusammensitzen und versuchen, Entscheidungen zu treffen und vorzubereiten, die für uns wichtig und vehement sind.

Ich bin überzeugt, dass wir hier am Freitag eine gute Debatte führen werden – nicht in jedem Bereich; denn Debattenkultur kann nicht jeder – und dass wir gemeinsam noch mal die richtigen Signale nach draußen senden werden. Aber die Ministerpräsidentenkonferenz hat heute sicherlich schon entscheidende Eckpunkte und Weichenstellungen.

gen in Verantwortung nach draußen gegeben. Ich finde das wirklich wichtig. Ich finde, es ist die Zeit des Handelns und nicht die Zeit des endlosen Diskutierens.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Wir haben keine Zeit! Ich glaube, ihr versteht das nicht. Das Virus lässt uns keine Zeit, es verdoppelt sich. Die Intensivkapazitäten laufen voll. Das ist nicht die Zeit für endlose Debatten und Gutachten. Wir müssen handeln. Vielleicht wird bei diesem Handeln auch mal ein Fehler passieren. Wir brauchen auch eine Fehlerkultur. Wer nichts tut, wird auch keine Fehler machen. Aber wer gar nichts tut, der macht es sicher falsch.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Plenk.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Herr Holetschek, Sie haben in Ihrer Rede den Begriff "Strategie" verwendet, wie zuvor schon viele Kollegen von Ihnen. Wenn ich etwas bei den Corona-Maßnahmen nicht erkennen kann, dann ist das eine Strategie, die dahintersteht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zwei konkrete Beispiele dafür: Wir haben einen Lockdown im Berchtesgadener Land. Dort wurden 2.500 Touristen von heute auf morgen vor die Tür gesetzt. Was ist aus diesen Touristen geworden? – Vermutlich haben viele von denen im Nachbarlandkreis Traunstein, im Chiemgau, ihren Urlaub fortgesetzt. Wo ist da die Strategie dahinter? – Das ist ein Beispiel.

Zweites Beispiel: Man hört jetzt von den geplanten Lockdown-Maßnahmen, dass man im Amateursportbereich im gesamten November den Betrieb einstellen will. Wie erklä-

ren Sie es sich, dass Kinder ab nächster Woche im Lockdown sein sollen? – Gut, dann sind erst mal eine Woche Herbstferien. Da wird die Begeisterung auch groß sein, dass Norddeutsche hier ihre Herbstferien verbringen konnten und unsere Kinder dann im Lockdown ihre Zeit verbringen müssen. Aber es geht ja auch noch um die Wochen danach.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Denken Sie an Ihre Redezeit, Herr Plenk!

**Markus Plenk (fraktionslos):** Wie kann es sein, dass die Schüler in die Schule gehen, aber am Nachmittag mit ihren Schulkameraden beispielsweise nicht Fußball spielen dürfen?

**Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Herr Plenk, die Strategie beruht darauf, dass wir bei dieser Infektion eigentlich nur eine Chance haben, wenn wir Infektionsketten nachverfolgen. Wenn wir das nicht können, müssen wir die Ketten unterbrechen, indem wir Kontakte vermindern. Diese Strategie ist ja ganz klar zu erkennen. Das ist auch das, was die Leopoldina uns heute noch mal in ihrem wissenschaftlichen Gutachten vorgibt. Auf dieser Grundlage sind diese Entscheidungen getroffen worden. Dass wir Schulen und Kindergärten möglichst lange offen lassen wollen, dass das Wirtschaftsleben in irgendeiner Weise noch weitergehen soll, ist natürlich klar. Das ist aber auch eine stringente Verfolgung dieses Themas.

Ich kann nur noch mal sagen: Das Thema Kontaktbeschränkungen ist halt eines, das sich dann global darstellt. Es ist aber die einzige Chance, dass wir nicht wieder in eine exponentielle Kurve laufen, die unser Gesundheitssystem nicht mehr verkraften würde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/10879 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Dagegen stimmen alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung von Herrn Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/10898 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und die AfD. Stimmenthaltungen? – Herr Plenk (fraktionslos) enthält sich. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.